

N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche Sitzung des Gemeinderates** am Donnerstag, den 22.04.2021 um 19:00 Uhr in der Schaula der Grund- und Mittelschule Haimhausen.

Beginn: 19:00 Uhr Ende: 21:30 Uhr

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen, gegen Form und Frist der Ladung werden keine Einwände erhoben.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 30.03.2021, die heute aufliegt, werden keine Einwände erhoben, sie gilt damit als genehmigt (§ 24 Abs. 2 GeschO).

Vorsitzender: Peter Felbermeier

Anwesende
Gemeinderäte: Bettina Ahlrep
Anton Bredl
Ergun Dost
Angelika Goldfuß
Dorothea Hansen
Josef jun. Heigl
Veronika Horzella
Simon Käser
Claudia Kops
Michael Kuffner
Georg Mayerbacher
Christina Meckel
Ludwig Meier
Thomas Mittermair
Sabrina Spallek
Prof. Dr. Christian Stangl
Detlef Wiese

Entschuldigt fehlten: Stefan Jänicke
Thomas Kranz
Martin Müller

Vorsitzender:

Peter Felbermeier
Erster Bürgermeister

Schriftführer:

Florian Erath
Geschäftsleiter

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

- 1. Auswertung der Bürgerbeteiligung für das geplante Baugebiet "Alte Schlossbrauerei Haimhausen"**
- 2. Zustimmung zum Abschluss eines Dachnutzungsvertrags für den Betrieb einer PV-Anlage auf der Wohnanlage am Schrammerweg mit der HaPeVi eG**
- 3. Fortsetzung: Antrag SPD/FDP, Hybridsitzungen, Beschlussfassung bzw. Änderung GeschO**
- 4. Einbeziehungssatzung "Ottershausen - Dachauer Str. 4 (FINr. 819 Gemarkung Haimhausen)"**
 - 4.1 Billigung des Satzungsentwurfs, Stand: 22.04.2021**
 - 4.2 Auslegungsbeschluss zum Satzungsentwurf, Stand: 22.04.2021**
- 5. Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 30.03.2021**
- 6. Bericht des Bürgermeisters**
- 7. Wünsche und Anregungen**

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 22.04.2021

Zahl der geladenen Mitglieder: 21

Zahl der Anwesenden: 18

Entschuldigt: 3

Nicht entschuldigt: 0

1. **Auswertung der Bürgerbeteiligung für das geplante Baugebiet "Alte Schlossbrauerei Haimhausen"**

Sachverhalt:

Im Zeitraum vom 26.02. bis 26.03.2021 fand die Bürgerbeteiligung in Form einer Befragung (Papierform und Online) bezüglich des ehemaligen Brauereigeländes statt.

Der Fragebogen wurde von der Verwaltung und Euroboden bzw. dem Büro Engel & Zimmermann GmbH sowohl in enger Abstimmung mit dem Referenten für Ortsentwicklung und Gewerbe als auch mit den Fraktionen erarbeitet.

Die Ergebnisse der Befragung werden von Vertretern des Büros Engel & Zimmermann GmbH vorgestellt. Vertreter von Euroboden werden ebenfalls anwesend sein.

Im Anschluss daran erfolgt ein Ausblick auf das weitere Vorgehen.

Diskussionsverlauf:

Frau Eichenseher (Engel & Zimmermann) stellt die Ergebnisse (Präsentation, vgl. Homepage d. Gde.) vor und steht, wie auch Frau Reisert und Herr Höglmaier (Euroboden) im Anschluss für Fragen des Gremiums zur Verfügung.

Anhand der soziodemografischen Auswertung fällt GRM Mittermair auf, dass recht wenige junge Leute an der Befragung teilgenommen haben, was jedoch lt. Fr. Eichenseher nicht untypisch für solche Befragungen ist. Sie weist zudem daraufhin, dass angesichts vieler offener Fragen, mit der Möglichkeit eigene Texte zu formulieren, der Rücklauf generell als gut betrachtet werden kann.

Besonders im Interesse mehrerer Gremienvertreter: Wie sieht Euroboden die Ergebnisse? Herr Höglmaier führt dazu aus: Das Potenzial für eine Ortsmitte ist erkennbar, etwas zu entwickeln, was Identität schafft, dennoch naturnah, auch Angebote für kulturelle Einrichtungen sollten geschaffen werden. Das Feedback bietet ein breites Spektrum, ist in seiner Vielfältigkeit teilweise dennoch konkret, was seinerseits als Auftrag betrachtet wird, entsprechende Gedanken in die Entwicklung einzubeziehen. Im Schritt davon wird es jedoch wichtig sein, die Wünsche & Vorstellungen des Gemeinderates zu erfahren, um dann in konkretere Planungsschritte einsteigen zu können.

BGM Felbermeier führt insbesondere zu letzterem Punkt aus, dass zeitnah, ggf. im Rahmen einer Fraktionsführerbesprechung oder Ähnlichem, jene Vorstellungen diskutiert und formuliert werden müssen. Ggf. wird sich das Gremium hierzu externe Kompetenz an Bord holen.

Auf abschließende Nachfrage von Herrn Höglmaier, ob Euroboden bereits mit Vorentwürfen / Vorschlägen zur Vorlage ans Gremium beginnen könne, folgte kein Widerspruch aus dem Gemeinderat.

2. Zustimmung zum Abschluss eines Dachnutzungsvertrags für den Betrieb einer PV-Anlage auf der Wohnanlage am Schrammerweg mit der HaPeVi eG

Sachverhalt:

Absehbare finanzielle und/oder personelle Auswirkungen der Beschlussfassung:
keine

Die Gemeinde errichtet derzeit in Zusammenarbeit mit dem KU Liegenschaften die Wohnanlage mit insgesamt 42 Wohnungen im Baugebiet Schrammerweg.

Die 42 Wohnungen sind in insgesamt 3 Baukörpern untergebracht; zwei davon verbleiben mit insgesamt 30 Wohnungen im Eigentum der Gemeinde und werden nach Fertigstellung vermietet. Der dritte Baukörper umfasst 12 Wohnungen, die vom KU Liegenschaften im Rahmen eines Baulandmodells veräußert werden.

Bereits bei der Vorstellung der Planung wurde darüber berichtet, dass auf den Dächern der drei Gebäude eine PV-Anlage zur Stromerzeugung errichtet werden soll. Ebenso wurde darüber berichtet, dass weder die Gemeinde noch die Wohnungseigentümergeinschaft Betreiber der PV-Anlage sein sollten. Auch das gemeindeeigene KU Energie hat aus wirtschaftlichen Gründen den Betrieb einer PV-Anlage auf der Wohnanlage abgelehnt.

Als Mitglied der Genossenschaft BürgerEnergie HaPeVi hat die Gemeinde bei dieser angefragt, ob der Betrieb einer PV-Anlage in der Wohnanlage Schrammerweg in Frage käme. Die HaPeVi hat diesem Ansinnen bereitwillig zugestimmt und sich bereits in der Planungsphase der Gebäude entsprechend eingebracht. Nachdem nun beiderseits (also zwischen der HaPeVi und dem KU Liegenschaften als Generalübernehmer der Wohnanlage) die Planungen abgeschlossen und aufeinander abgestimmt sind, liegt nun der Gestattungsvertrag zur Nutzung der Dächer für den Betrieb einer Photovoltaikanlage vor.

Der Gestattungsvertrag entspricht im Wesentlichen den Nutzungsverträgen, die bezüglich PV-Anlagen zwischen der Gemeinde und dem KU Energie abgeschlossen wurden. Neuheiten bestehen bezüglich der Vertragspunkte 12 und 13.

Pkt. 12 – Mieterstromangebot

Anders als bei den Gestattungsverträgen zwischen Gemeinde und KU Energie, wo die Gemeinde sowohl Grundstückseigentümer als auch direkter Nutzer der Gebäudes ist, wird die Wohnanlage Schrammerweg künftig von 12 Wohnungseigentümern und 30 Mietern genutzt. Jeder der 42 hat das verfassungsmäßige Recht (Freizügigkeit) seinen Stromanbieter selbst zu wählen. Weder Wohnungseigentümer noch Mieter kann daher verpflichtet werden, den auf der Dachanlage erzeugten Strom zu nutzen. Den Wohnungseigentümern/Mietern kann daher nur ein Recht auf Nutzung der selbst erzeugten Sonnenenergie einzuräumen.

Dieses Recht auf Nutzung des PV-Stroms räumt die HaPeVi auf die Vertragslaufzeit dem jetzigen und künftigen Eigentümer der Wohnanlage durch Pkt. 12 des Vertrages ein.

Pkt. 13 – Finanzierungsangebot

Im Gestattungsvertrag wird man vergeblich nach einem Pachtzins für die vermietete Dachfläche suchen. Anstatt eines Pachtzinses räumt die HaPeVi der Gemeinde und dem KU Energie (Pkt. 13.2) und nachfolgend den Einwohner der Gemeinde Haimhausen (Pkt. 13.3) ein Anrecht auf Erwerb von Geschäftsanteilen und Nachrangdarlehen zur Finanzierung dieser PV-Anlage ein.

Hintergrund dieser Vorgehensweise ist nachfolgende Ausgangslage:

Die HaPeVi rechnet nur mit einem geringen Anteil an Verkauf von Mieterstrom. Der größte Anteil des erzeugten Stroms wird in das Stromnetz eingespeist und nach dem EEG vergütet (derzeit ca. 10 Ct/kWh). Mit dieser geringen Vergütung können gerade mal die Finanzierungskosten (Tilgung und Zins) erwirtschaftet werden. Durch die Finanzierung mittels Genossenschaftsmitglieder (Genossenschaftsanteile und Nachrangdarlehen) werden sowohl ein erzielter Überschuss als auch die Darlehenszinsen direkt an die Genossenschaftsmitglieder ausbezahlt.

Die gesetzlich festgelegte Einspeisevergütung ist für den Betreiber eine fest errechenbare Größe. Der von Nutzern/Mietern abgenommene Strom dagegen ein großer Unsicherheitsfaktor. Bisherige Mieterstrommodelle der HaPeVi (als auch örtlicher Betreiber) zeigen, dass in der Regel nur ein kleiner Teil der Nutzer/Mieter vom Mieterstrommodell Gebrauch macht. Die Zahlung eines Pachtzinses würde bei der geringen Einspeisevergütung zur Unwirtschaftlichkeit führen.

Daher unterbreitet die HaPeVi der Gemeinde bzw. den Gemeindebürgern die Möglichkeit sich an der Finanzierung der PV-Anlage zu beteiligen, um an den Überschuss- und Zinsausschüttungen profitieren zu können.

Insgesamt erreicht die Gemeinde durch diesen Gestattungsvertrag ein gewolltes erstmaliges Engagement der HaPeVi in Haimhausen, von dem neben der Gemeinde bzw. das KUE auch die Haimhauser Bürger profitieren können.

Diskussionsverlauf:

Vorstellung der Grundzüge der BürgerEnergie HaPeVi e. G. durch Herrn Dr. Nold; auf Nachfrage von BGM Felbermeier folgen Ausführungen zur Thematik Finanzierung, derzeitig bereits laufenden Projekten und zu verschiedenen Abrechnungsmodellen.

Beschluss Nr. 1:

Dem Abschluss eines Dachnutzungsvertrags zum Betrieb einer Photovoltaikanlage am Grundstück Fl.Nr. 232/6 Gemarkung Haimhausen mit der BürgerEnergie HaPeVi eG entsprechend dem vorgelegten Entwurf wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

3. Fortsetzung: Antrag SPD/FDP, Hybridsitzungen, Beschlussfassung bzw. Änderung GeschO

Sachverhalt:

In der Sitzung vom 18.03.2021 beschloss der GR auf Basis des Antrags von SPD/FDP (ohne Gegenstimmen) die Verwaltung zu beauftragen, eine Änderung der Geschäftsordnung für die nächste reguläre Sitzung zu entwerfen.

Regelungsbestandteile sollten u. a. sein: Hybridsitzungen ermöglichen, Festlegungen hinsichtlich TN-Begrenzung (oder eben nicht), Notwendigkeit eines zeitl. Vorlaufs, Begründung für hybrid-Teilnahme, Regelungsbedarfe hinsichtlich techn. Schwierigkeiten etc.

Zwischenzeitlich hat sich die Rechtslage etwas geändert, wie dankenswerterweise auch durch die Antragsteller der Verwaltung mitgeteilt wurde: Eine Änderung der GeschO ist nicht mehr zwingend erforderlich, es ist eine Beschlussfassung (jedoch auch mit einer nötigen 2/3-Mehrheit der Abstimmenden, wg. der grundsätzlichen Bedeutung) ausreichend.

IMS des Bayr. Staatsministeriums des Inneren, für Sport und Integration vom 16.03.2021:

- Zu den Regelungen einer Sitzungsteilnahme (hybrid) folgen noch gesonderte Anwendungshinweise.
- Sitzungen werden weiter als Präsenzsitzungen vorbereitet.
- Die Zuschaltungen müssen in TON-BILD-Kombination erfolgen. Ton allein reicht nicht.
- Gremienmitglieder müssen sich gegenseitig wahrnehmen können, auch für die Saalöffentlichkeit.
- Die Verantwortung für die technische Abwicklung liegt bei den Kommunen. Andernfalls dürfen Sitzungen nicht beginnen oder sind zu unterbrechen. Dies gilt auch, **wenn ungeklärt ist**, wer die Verantwortung (ggf. GRM?) für die nicht erfolgreiche Zuschaltung trägt. Bei rügeloser Beteiligung an der Beschlussfassung kann dieser Verstoß jedoch geheilt werden.
- Ergibt ein Test, dass eine Zuschaltung zur Sitzung grundsätzlich möglich ist, wird widerlegbar vermutet, dass der Grund für die Nichtzuschaltung im Verantwortungsbereich des Mitglieds liegt, solange die Gemeinde nur die technische Plattform der audiovisuellen Zuschaltung stellt.
- Zugeschaltete Mitglieder können nicht an geheimen Wahlen teilnehmen.

Gemeinden können eine Höchstzahl an Zuschaltungen bestimmen: Hierfür sieht die Verwaltung aktuell (v. a. hinsichtlich Technik, Leistungskapazität etc.) kein Erfordernis.

Zuschaltungen können generell ermöglicht werden oder von besonderen Gründen abhängig gemacht werden: Aus Sicht der Verwaltung wäre es natürlich wichtig zu wissen, wie viele Mitglieder auf welche Art und Weise teilnehmen, auch gerne ein paar Tage im Vorfeld, um z. B. die Vervielfältigung von Unterlagen etc. effektiv und ressourcenschonend steuern zu können. Faktisch sollte die Option jedoch auch kurzfristig durch die Mitglieder wahrgenommen werden können.

Zuschaltungen können auf des Gesamtgremium beschränkt werden, auf einzelne Ausschüsse, oder für alle Gremien realisiert werden: Aus Sicht der Verwaltung – gleiches Recht für alle.

Zuschaltungen können auf öffentliche Sitzungen beschränkt werden, oder auch für nichtöffentliche Sitzungen zugelassen werden: Aus Sicht der Verwaltung würde durch eine Beschränkung auf öffentliche Sitzungen das eigentlich Ziel verfehlt werden.

Die Ermächtigung durch das StMI ist bis Ende des Jahres 2022 befristet, um Hybridsitzungen zu erproben.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses: Momentan nicht bezifferbar, jedoch abhängig von der Sitzungssituation (Schulaula) könnten entsprechende Ausgaben zur Sicherstellung der nötigen Bandbreite erforderlich sein.

Diskussionsverlauf:

Ob, wie durch die Verwaltung geäußert, die Beschaffung zusätzlicher Peripherie nötig ist, oder die vorhandenen Endgeräte der Gremiumsmitglieder ausreichend sind, kann letztlich erst über Testläufe bzw. dann die Praxis belegt werden. Selbiges gilt für die zur Verfügung stehende Bandbreite in der Schulaula. Grundlegend sind sich die GRM einig, dass auch die Systemauswahl eine Rolle spielen kann, zumal im Rahmen von z. B. Fraktionssitzungen bereits festzustellen war, dass Teilnehmende teilweise ohne nachvollziehbaren Grund aus Konferenzen „geflogen“ sind.

Der o. g. Beschluss wird somit unter der Maßgabe gefasst, die Hybrid-Teilnahme mit eigenen Endgeräten durchzuführen. Zudem sollen entsprechende Test vorab durchgeführt werden, um Sicherheit bzgl. Anwendung und der offenen Fragen zu bekommen.

Beschluss Nr. 1:

Die Verwaltung wird beauftragt, Sitzungen des Gemeinderates und sämtlicher Gremien in der nachstehend näher bezeichneten Art und Weise vorzubereiten und durchzuführen:

- Sitzungen werden weiter als Präsenzsitzungen vorbereitet.
- Eine Hybrid-Teilnahme erfolgt in Kombination aus Ton und Bild.
- Die Verwaltung ist grundsätzlich verantwortlich für die technische Umsetzung.
- Es wird keine Höchstzahl/-quote für Zuschaltungen festgelegt.
- Eine Hybrid-Teilnahme im Vorfeld anzukündigen ist wünschenswert, zwingend nötig ist dies am Sitzungstag bis zum frühen Nachmittag (15 Uhr).
- Die Hybrid-Teilnahme ist für den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungsteil möglich.

Abstimmungsergebnis: 16 : 2 (angenommen)

4. Einbeziehungssatzung "Ottershausen - Dachauer Str. 4 (FINr. 819 Gemarkung Haimhausen)"

Sachverhalt:

Am 23.07.2020 hat der Gemeinderat die Aufstellung einer Einbeziehungssatzung für das Grundstück mit der FINr. 819 Gemarkung Haimhausen (Dachauer Str. 4) beschlossen.

Ziel dieser Satzung ist die Schaffung von Wohnraum in einem bis dato als Nebengebäude und Garage genutztem Gebäude an der nördlichen Grundstücksgrenze. Es soll hier eine Nachverdichtung ermöglicht werden. Da das Grundstück bzw. Teile davon derzeit im Außenbereich liegen, soll eine Einbeziehungssatzung erlassen werden.

Das Grundstück liegt ferner im Landschaftsschutzgebiet „Amperauen mit Hebertshauser Moos und Inhauser Moos“, im regionalen Grünzug „Ampertal“ und im Biotopverbund. Die Planung wurde daher vorab am 07.12.2020 mit einer Vertreterin der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Bei der Planung wurden auch denkmalschutzrechtliche Belange berücksichtigt.

Darauf aufbauend und basierend auf den Vorstellungen der Grundstückseigentümer sowie den gemeindlichen Zielen und Zwecken der Planung wurde vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München ein Satzungsentwurf erstellt, siehe TOP 4.1.

4.1 Billigung des Satzungsentwurfs, Stand: 22.04.2021

Sachverhalt:

Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München hat in Abstimmung mit der Gemeinde und den Grundstückseigentümern den in der Anlage beigefügten Entwurf zur Einbeziehungssatzung „Ottershausen – Dachauer Str. 4 (FINr. 819 Gemarkung Haimhausen)“ erstellt.

Mit dem Bauleitverfahren verfolgt die Gemeinde folgende Planungsziele:

Anlass für die Einbeziehungssatzung ist das Vorhaben der Grundstückseigentümer, auf ihrem Grundstück mit der FINr. 819 Gemarkung Haimhausen Wohnraum in einem bis dato als Nebengebäude und Garage genutzten Gebäude schaffen zu wollen. Hierfür ist eine Umnutzung und Aufstockung des Gebäudes geplant. Da das Grundstück derzeit im Außenbereich liegt und das Vorhaben unzulässig ist, soll durch eine Einbeziehungssatzung die planungsrechtliche Möglichkeit zur Nachverdichtung geschaffen werden.

Da es sich um ein baulich genutztes Grundstück handelt, dessen künftige bauliche Entwicklung auf den vorhandenen Bestand beschränkt wird, kann davon ausgegangen werden, dass durch die Einbeziehung des Grundstücks in den Innenbereich weder die Funktionen des Landschaftsschutzgebiets, noch die des regionalen Grünzugs und des Biotopverbunds beeinträchtigt werden.

Der Erhalt des vorhandenen Baumbestands wird festgesetzt. Sollten jedoch einzelne Bäume nicht erhalten werden können, ist auf dem Grundstück für entsprechend gleichwertigen Ersatz zu sorgen.

Da sich auf dem Grundstück ferner ein Baudenkmal (ehem. Schulhaus) befindet, wurden die denkmalschutzrechtlichen Belange insbesondere dadurch berücksichtigt, dass die Firsthöhe des Nebengebäudes auf 7,20m festgesetzt wurde (FH des Baudenkmals: 9 m).

Hinsichtlich der Abstandsflächen wurde hier der Besonderheit des Einzelfalls Rechnung getragen und wo erforderlich, eine entsprechende Regelung abweichend der gemeindlichen Satzung getroffen. Im Übrigen gilt sinngemäß die gemeindliche Satzung über abweichende Maße der Abstandsflächentiefe.

Der Satzungsentwurf mit Begründung ist der Anlage beigelegt.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat billigt den Entwurf - Stand: 22.04.2021- zur Einbeziehungssatzung „Ottershausen – Dachauer Str. 4 (FINr. 819 Gemarkung Haimhausen).

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

4.2 Auslegungsbeschluss zum Satzungsentwurf, Stand: 22.04.2021

Sachverhalt:

Das Verfahren zur Einbeziehungssatzung richtet sich nach § 13 Abs. 2 und § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB.

Im vereinfachten Verfahren nach § 13 Abs. 2 BauGB kann von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und von der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen werden.

Es wird daher vorgeschlagen, nunmehr mit dem in TOP 4.1 gebilligten Entwurf der Einbeziehungssatzung (Stand: 22.04.2021) die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB (öffentliche Auslegung) sowie mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

5. Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 30.03.2021

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beurteilt für den in der letzten nichtöffentlichen Sitzung unter TOP 8 gefassten Beschluss die Gründe der Geheimhaltung für weggefallen und beschließt deshalb entspr. Art. 52 Abs. 3 GO die Veröffentlichung.

Anmerkung:

Im Anschluss an die Beschlussfassung gab der Vorsitzende folgenden Beschluss zur Thematik

- Budgetplanung 1.250-Jahrfeier
bekannt, der auch in der Anlage der Niederschrift beigelegt ist.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1 Zukünftige Busanbindung Haimhausen und Ottershausen

Sachverhalt:

Das Landratsamt Dachau hat die Ausweitungen und Anpassungen im Regionalbusverkehr für die Gemeinde Haimhausen spezifiziert und bekannt gegeben:

Zum Fahrplanwechsel 2022 (Dez. 2021) werden sich für die Gemeinde Haimhausen einige Änderungen bzw. Angebotsausweitungen im Regionalbusverkehr ergeben.

Neue Linie 771: Peterhausen – Lohhof

Diese neue Verbindung wird im 40min-Takt zwischen Petershausen (S/R), Kammerberg, Haimhausen und Lohhof (S1) verkehren. Somit ergeben sich in Petershausen Umsteigemöglichkeiten zur Regionalbahn Richtung Ingolstadt/Nürnberg und München sowie zur S-Bahn in Richtung Dachau. In Lohhof entsteht eine Verbindung zur S1 in Richtung München oder zum Flughafen.

Mit dieser Linie werden in Haimhausen Ort die Haltestellen Am Pfanderling, Kirche, Hauptstraße 24, Schloß, Kramer Kreuz und Maisteig angebunden.

Neue Linie 772: Markt Indersdorf – Unterschleißheim

Diese neue Verbindung wird die S-Bahn Äste der S2 in Markt Indersdorf und Röhrmoos mit der S1 in Unterschleißheim tangential verbinden. Im Stundentakt entstehen hiermit neue Verbindungen von Haimhausen zu den Dachauer S-Bahn Ästen und der S1 zum Flughafen oder nach München. Auch das neue Gymnasium in Röhrmoos soll mittelfristig mit der Linie 772 erschlossen werden.

Mit dieser Linie wird Ottershausen im Stundentakt an die S-Bahn nach München angebunden; hier ist der Anschluss an die S-Bahn nicht wie bisher über Lohhof, sondern über die Haltestelle Unterschleißheim. Da es sich um Schnellbus-Linien handelt, werden nur die Haltestellen direkt an der Dachauer Straße angefahren, d.h. kein Halt in der Mühlenstraße, der Halt ist außerhalb, Haltestelle „Brücke“ (Schwebelbach-Brücke).

Der Halt Unterschleißheim liegt wie Lohhof auf der Zone 1 / 2, so dass sich preislich für Haimhausen nichts ändert, auch nicht für Fahrten zum Flughafen.

Anpassungen der Linie 693:

Die neuen Linien 771 und 772 decken aufgrund ihres direkten Linienwegs als Tangentialverbindungen sowohl auf Dachauer, als auch auf Freisinger Gebiet mehrere Bereiche nicht hinreichend ab, so dass für Linie 693 eine Neuordnung bzw. Anpassung an die neuen Gegebenheiten zum Fahrplanwechsel 12.12.2021 erforderlich ist. Durch diese beiden neuen Linien können allerdings überflüssige Fahrten auf der Linie 693 eingespart werden, um den öffentlichen Haushalt zu entlasten.

Grundsätzlich sieht der Fahrplanentwurf eine Verlängerung der Linie nach Norden vor bis in die Gemeinde Hohenkammer, wobei der neue Linienweg diverse Bereiche abdeckt, welche bei den Linien 771 und 772 nicht angebunden werden. Für den Landkreis Dachau stellt die Linie 693 weiterhin für das Inhausermoos mit der Haltestelle „Kanalweg“ eine Anbindung an die S1 in Lohhof sicher. Auch der Schülerverkehr, welcher bislang in der Linie 693 für Ottershausen, Haimhausen und Inhausermoos eine große Rolle spielen, findet sich im Fahrplanentwurf wieder. In Bezug auf die B.I.S. in Haimhausen werden durch Linie 693 jene Zeitlagen abgedeckt, in denen Linie 771 nicht verkehrt. Die im Fahrplanentwurf enthaltene späte Abfahrt um 22.22 Uhr ist aus Dachauer Sicht weiterhin sinnvoll, da die Linien

771 und 772 nur bis 22 Uhr verkehren und diese Fahrt der Linie 693 bereits heute nach Ottershausen angeboten wird.

Es ist somit festzustellen, dass die Linie 693 künftig keinen Parallelverkehr zu den beiden Tangentiallinien 771 und 772 darstellen wird, sondern aufgrund ihrer anders gelagerten Funktionen den Raum kleinteiliger erschließt und das Angebot ergänzt.

Schülerverkehr (auch der Schülerverkehr der Bavarian International School) sowie späte Fahrten verbleiben weiter auf der „Landkreis-Freising“-Linie 693 ansonsten wird Haimhausen zukünftig über die Linien 771 und 772 erschlossen.

Es ergeben sich folglich für die Gemeinde Haimhausen eine Vielzahl an neuen Fahrtangeboten und verkehrlichen Verbindungen. Diese stellen einen spürbaren verkehrlichen Mehrwert für die Bürger der Gemeinde Haimhausen dar. Die wegfallenden Fahrten auf der Linie 693 werden durch die neuen Linien 771 und 772 vollumfänglich aufgefangen. Schlussendlich wird es nach der Umstellung zum Fahrplanwechsel 2022 ein weitaus besseres und vielseitigeres Angebot für die Gemeinde Haimhausen geben.

6.2 Stromlieferungsvertrag

Sachverhalt:

Nachdem zum 31.12.2020 der bisherige Stromlieferungsvertrag mit der EMB Energieversorgung Miltenberg endete, wurde die Firma Kubus beauftragt, ein Ausschreibungsverfahren in die Wege zu leiten. Hierzu gingen vier Angebote ein. Der Stromlieferungsvertrag ab dem 01.01.2021 bis 31.12.2023 wurde an den wirtschaftlichsten Anbieter, die Stadtwerke Amberg vergeben. Der Vertrag wurde auf Grund der Ermächtigung in der Sitzung vom 12.11.2020 am 03.12.2020 von Bürgermeister Felbermeier abgeschlossen.

6.3 Genehmigung des Haushalts 2021

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 19.04.2021 hat die Rechtsaufsicht die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021 genehmigt.

6.4 Markt im Ortszentrum / alternative Einkaufsmöglichkeit

Sachverhalt:

BGM Felbermeier informiert darüber, dass der Eigentümer des Gebäudes, in dem sich der Nahkauf noch befindet, die Immobilie inseriert und darum bemüht ist, einen Nachmieter zu finden. Bisher jedoch erfolglos. Seinerseits hat BGM Felbermeier jedoch bereits eine alternative Lösung gefunden, insbesondere die mobilitätseingeschränkte Bevölkerung nicht ohne Einkaufsmöglichkeit „im Regen stehen zu lassen“:

Zweimal wöchentlich (dienstags und freitags, jew. 09 Uhr vormittags) wird der ortsansässige Busunternehmer Peter Heigl mit einem Linienbus (somit leichter Ein- & Ausstieg möglich) drei Haltestellen (Tankstelle, Ortszentrum, Kirche) anfahren und die Fahrgäste zu einem Markt in der Nähe bringen, anschließend zurück.

Diskussionsverlauf:

Der Vorschlag wird seitens Gremium sehr positiv aufgenommen. Auch der Antrag der ÜWG (v. 19.02.2020: Einführung eines Einkaufsshuttle) ist damit obsolet.

7. Wünsche und Anregungen

7.1 Asylunterkunft Amper-Campus, Laufzeit Pachtvertrag

Diskussionsverlauf:

GRM Hansen interessiert sich für die weitere Laufzeit des Pachtvertrages am Amper-Campus sowie möglichen Überlegungen zur alternativen Unterbringung der aktuell 55 dort lebenden Personen.

BGM Felbermeier informiert darüber, dass der Vertrag bei Bedarf jederzeit verlängert werden kann und verweist bzgl. Alternativen auf die gescheiterten Versuche, analog des Karlsfelder-Modells, verfügbare Grundstücke zu finden.

7.2 Abenteuerspielplatz / Spielplatztourismus / Verkehrskontrollen

Diskussionsverlauf:

Eingangs interessiert sich GRM Meier für die turnusmäßigen Überprüfungen der Sicherheitsanforderungen der gemeindlichen Spielplätze, zumal aus seiner Sicht ärgerlicherweise zum Beginn der Spielplatz-Saison auf dem beliebten Abenteuerspielplatz die Rutsche entfernt wurde.

BGM Felbermeier klärt auf, dass sämtliche Spielplätze einer dauerhaften Nutzung unterliegen, der zuständige Sicherheitsbeauftragte aktuell Mängel festgestellt hat und daher jetzt die weitere Nutzung untersagt werden musste. Auch an anderen Spielplätzen sind leider Maßnahmen notwendig.

Weiterhin stellt BGM Felbermeier fest, dass zwischenzeitlich auch aus der Bevölkerung Beschwerden über den regelrechten Spielplatztourismus (insbes. bzgl. Abenteuerspielplatz) bei der Verwaltung eingehen. Einige Bürgerinnen und Bürger beklagen, dass die Nutzung durch sie bzw. ihre Kinder an manchen Tagen gar nicht möglich ist, weil sehr viele Besucherinnen und Besucher, teils aus anderen Landkreisen, hierfür extra anreisen.

GRM Mittermair plädiert an die Verwaltung, mögliche Maßnahmen durch z. B. Kontrollen des ruhenden Verkehrs zu initiieren.